



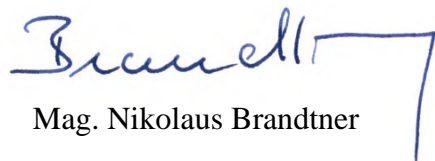
LANDES
VERWALTUNGS
GERICHT
VORARLBERG

TÄTIGKEITSBERICHT
2025

TÄTIGKEITSBERICHT 2025

Die Vollversammlung des Landesverwaltungsgerichtes (LVwG) Vorarlberg hat mit Umlaufbeschluss gemäß § 16 Abs 2 des Landesverwaltungsgerichtsgesetzes (LVwG-G), LGBl Nr 19/2013, idF LGBl Nr 69/2019, nachstehenden Bericht über die Tätigkeit im Jahre 2025 und die dabei gesammelten Erfahrungen beschlossen.

Der Präsident

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Brandtner', with a long horizontal stroke extending to the right and a vertical line at the end.

Mag. Nikolaus Brandtner

INHALTSVERZEICHNIS

I. Bericht über die Tätigkeit	1
A Organisation	1
1. Allgemeines	1
2. Gesetzliche Grundlagen	1
3. Zuständigkeiten im Berichtsjahr	1
4. Personelle Situation	1
5. Sitz und Ausstattung	2
6. Geschäftsverteilung	2
7. Vollversammlung	2
8. Dokumentation	2
9. Präsident:innenkonferenz	3
B Verfahren	4
1. Anfall von Rechtssachen	4
2. Erledigung von Rechtssachen	5
3. Höchstgerichtliche Verfahren	6
4. Verfahren vor europäischen Gerichtshöfen	7
II. Bericht über die bei der Tätigkeit gesammelten Erfahrungen	8
A Organisation	8
B Verfahren 2025	8
1. Anfall von Rechtssachen	8
2. Erledigung von Rechtssachen	9
3. Mündliche Verhandlungen	9
4. Anwaltliche Vertretung der Beschwerdeführer	9
5. Teilnahme an den Verhandlungen	9
C Sonstiges	10
III. Tabellen und Grafiken	11

I. Bericht über die Tätigkeit

A Organisation

1. Allgemeines

Für jedes Bundesland besteht ein LVwG. Für den Bereich der unmittelbaren Bundesverwaltung wurde ein Bundesverwaltungsgericht eingerichtet, für den Bereich der Finanzverwaltung ein Bundesfinanzgericht.

2. Gesetzliche Grundlagen

Die verfassungsrechtlichen Regelungen über die Verwaltungsgerichte finden sich in den Art 129 bis 132 und 134 bis 136 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG). Die Zuständigkeiten der Verwaltungsgerichte sind in den Art 130 und 132 B-VG festgelegt. Art 131 B-VG regelt, wofür die Landesverwaltungsgerichte, das Bundesverwaltungsgericht und das Bundesfinanzgericht jeweils zuständig sind.

Das LVwG-G, LGBl Nr 19/2013, idF LGBl Nr 44/2025, regelt die Einrichtung und Organisation des LVwG Vorarlberg.

3. Zuständigkeiten im Berichtsjahr

Hinsichtlich der Zuständigkeiten gab es im Berichtsjahr keine Veränderungen. Das Landesverwaltungsgericht ist für Verfahren betreffend rund 300 verschiedene Materien gesetzlich zuständig.

4. Personelle Situation

Das Landesverwaltungsgericht Vorarlberg bestand im Berichtsjahr aus dem Präsidenten, der Vizepräsidentin und weiteren 8 bzw 9 Richterinnen und 5 bzw 6 Richtern. Die Vizepräsidentin sowie 7 Richterinnen und 1 Richter waren teilzeitbeschäftigt. 1 Richterin war im Großteil des Jahres karenziert, 1 Richter ist im Berichtsjahr verstorben. Nach dem Stellenbesetzungsplan sind 13,7 Vollzeitäquivalente (VZÄ) für die richterliche Tätigkeit am Landesverwaltungsgericht vorgesehen. Die richterliche Belegschaft bestand im Berichtsjahr aus gemittelt 12,8 VZÄ.

Im Berichtsjahr war 1 juristischer Mitarbeiter beschäftigt. Dieser Mitarbeiter erfüllte auch Aufgaben eines Evidenzbüros und die des Datenschutzbeauftragten. Außerdem war beim

Landesverwaltungsgericht ganzjährig 1 Ausbildungsjuristenstelle besetzt. Bis Ende Februar absolvierte 1 Person ein Verwaltungspraktikum. Ab März war eine zweite Ausbildungsjuristin beschäftigt. Ab April war zusätzlich eine juristische Mitarbeiterin im Ausmaß von 30 % VZÄ dem Landesverwaltungsgericht dienstzugeteilt. Im Sommer wurde das Landesverwaltungsgericht einen Monat lang von 1 Ferialpraktikantin unterstützt.

Das weitere Personal des Landesverwaltungsgerichtes bestand aus 5 Sekretärinnen, von denen 3 teilzeitbeschäftigt waren (eine zu 40, eine zu 60 und eine zu 80 Prozent).

5. Sitz und Ausstattung

Das Landesverwaltungsgericht ist im Gebäude Landwehrstraße 1 in Bregenz untergebracht.

6. Geschäftsverteilung

Die Vollversammlung des Landesverwaltungsgerichtes hat mit Umlaufbeschluss vom 17.12.2024 die Geschäftsverteilung für das Berichtsjahr und mit Beschlüssen vom 28.01.2025, vom 28.03.2025, vom 28.05.2025, vom 21.07.2025, vom 29.09.2025 sowie vom 13.11.2025 Änderungen der Geschäftsverteilung und mit Umlaufbeschluss vom 22.12.2025 die Geschäftsverteilung für das Jahr 2026 beschlossen.

Die Geschäftsverteilung des Landesverwaltungsgerichtes Vorarlberg wird im RIS kundgemacht. Die Änderungen der Geschäftsverteilung waren vor allem aufgrund personeller Veränderungen erforderlich.

7. Vollversammlung

Zusätzlich zu den bereits unter Punkt 6. angeführten Sitzungen waren im Berichtsjahr 9 weitere Beschlüsse der Vollversammlung erforderlich. Es wurden der Tätigkeitsbericht für das Jahr 2024 und in 8 Fällen die Abnahme einer Aufgabe nach § 12 Abs 2 LVwG-G beschlossen.

8. Dokumentation

Die Entscheidungen des Landesverwaltungsgerichtes werden dokumentiert. Zum einen werden für den internen Gebrauch Entscheidungen im Aktenverwaltungsprogramm beschlagwortet. Zum anderen werden Rechtssätze und Volltexte von Entscheidungen, die von grundsätzlicher Bedeutung sind, in die Judikaturdokumentation des Rechtsinformati-

onssystem des Bundes (RIS) eingegeben. Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung liegen dann vor, wenn zu den relevanten Rechtsfragen keine einschlägige höchstgerichtliche Judikatur vorliegt oder diese divergierend ist. Diese Judikaturdokumentation ist über das Internet allgemein zugänglich. Mit Stichtag 31.12.2025 enthielt die Judikaturdokumentation des RIS 1.010 Rechtssätze und 975 Entscheidungen des Landesverwaltungsgerichtes Vorarlberg im Volltext.

Rechtssätze und Volltexte zu verschiedenen Entscheidungen des LVwG Vorarlberg wurden auch in folgenden Zeitschriften veröffentlicht: Zeitschrift der Verwaltungsgerichtsbarkeit (ZVG), baurechtliche blätter (bbl).

9. Präsident:innenkonferenz

Auf gesamtösterreichischer Ebene besteht eine Präsident:innenkonferenz der Verwaltungsgerichte der Länder und des Bundes. Diese dient vor allem einem Erfahrungsaustausch sowie der Beratung gemeinsamer Anliegen. Innerhalb der Konferenz wurden Arbeitsgruppen, unter anderem zu den Themen Aus- und Fortbildung sowie Verfahrensrecht, eingerichtet. Sehr zu begrüßen ist die regelmäßige Teilnahme des Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes an diesen Konferenzen.

Die Arbeitsgruppe Aus- und Fortbildung hat gemeinsam mit dem Verwaltungsgerichtshof und der Johannes Kepler Universität Linz sowie der Wirtschaftsuniversität Wien ein attraktives Aus- und Weiterbildungsangebot für alle Verwaltungsrichter:innen entwickelt. Entscheidende Vorteile dieser gemeinsamen Veranstaltungen sind zum einen, dass auch für Fachbereiche, in denen nur wenige Richter:innen tätig sind, Fortbildungen angeboten werden können, und zum anderen, dass die Vernetzung zwischen den Gerichten verbessert wird. Nähere Informationen finden sich im Internet unter folgender Adresse: <https://www.jku.at/oesterreichische-akademie-der-verwaltungsgerichtsbarkeit/>.

Im Berichtsjahr hatte das Landesverwaltungsgericht Steiermark den Vorsitz dieser Konferenz inne. Eine Konferenz fand am 18.03.2025 in Wien und eine weitere von 18.09.2025 bis 19.09.2025 in der Steiermark statt.

B Verfahren

1. Anfall von Rechtssachen

Im Berichtsjahr sind insgesamt 1.380 Rechtssachen angefallen. Es handelte sich dabei um 872 Beschwerden in Strafsachen, 5 Beschwerden gegen die Ausübung unmittelbarer behördlicher Befehls- und Zwangsgewalt (Maßnahmenbeschwerden), 1 Richtlinienbeschwerde, 5 Anträge nach dem Vergabenaufprüfungsgesetz, 2 Säumnisbeschwerden sowie 495 Beschwerden gegen Bescheide in Administrativsachen. Bei den zuletzt genannten Beschwerden ging es in insgesamt 269 Fällen um die Vollziehung von 30 verschiedenen Landesgesetzen sowie in insgesamt 225 Fällen um die Vollziehung von 34 verschiedenen Bundesgesetzen. Auf die Anlagen 1, 5 und 6 wird verwiesen.

Die Strafverfahren betrafen 54 verschiedene Bundes- und Landesgesetze. Zahlenmäßige Schwerpunkte bildeten die Übertretungen nach folgenden Gesetzen: Straßenverkehrsordnung (284), Kraftfahrzeuggesetz (137), Bundesstraßen-Mautgesetz (122), Führerscheinggesetz (53), Baugesetz (38), Gewerbeordnung (20), Sicherheitspolizeigesetz (20), Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (17), Ausländerbeschäftigungsgesetz (13), Gesetz über Naturschutz und Landschaftsentwicklung (13), ArbeitnehmerInnenschutzgesetz (12) und Sittenpolizeigesetz (10).

Die zahlenmäßigen Schwerpunkte bei den Administrativverfahren bildeten die Beschwerden nach folgenden Gesetzen: Baugesetz (99), Führerscheinggesetz (83), Sozialleistungsgesetz (23), Gesetz über Naturschutz- und Landschaftsentwicklung (22), Gewerbeordnung (21), Grundverkehrsgesetz (20), Raumplanungsgesetz (20), Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz (19), Jagdgesetz (14), Kanalisationsgesetz (14), Zweitwohnsitzabgabengesetz (14), Waffengesetz (13) und Staatsbürgerschaftsgesetz (10).

Bei der Zählweise der Rechtssachen gibt es sehr deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Verwaltungsgerichten. Zur Zählweise des LVwG Vorarlberg in den Strafsachen ist zu bemerken, dass dann, wenn eine Person im gleichen Straferkenntnis wegen mehrerer Übertretungen bestraft wurde und im selben Schriftsatz gegen alle oder mehrere dieser Bestrafungen Beschwerde erhoben hatte, dies nur als eine Rechtssache gezählt wird, soweit es sich dabei um Übertretungen desselben Gesetzes gehandelt hat.

Nach der Zählweise des LVwG Vorarlberg in den Administrativsachen liegt auch dann nur ein Fall vor, wenn gegen denselben Bescheid mehrere Parteien unterschiedliche Beschwerden erhoben haben.

Verfahren vor Höchstgerichten sowie Ersatzentscheidungen im Falle einer Behebung durch ein Höchstgericht werden in den Statistiken ebenso wenig als neu angefallene bzw erledigte Rechtssachen ausgewiesen, wie zB Anträge auf Verfahrenshilfe oder andere gesonderte verfahrensrechtliche Entscheidungen innerhalb eines Verfahrens.

2. Erledigung von Rechtssachen

Die Gesamtzahl der Erledigungen von Rechtssachen im Berichtsjahr betrug 1.454. Es wurden 944 Beschwerden in Verwaltungsstrafsachen, 8 Maßnahmenbeschwerden, 2 Beschwerden nach dem Sicherheitspolizeigesetz, 5 Anträge nach dem Vergabenachprüfungsgesetz, 4 Säumnisbeschwerden sowie 495 Beschwerden gegen Bescheide in Administrativsachen erledigt. Bei den zuletzt genannten Beschwerden ging es in insgesamt 283 Fällen um die Vollziehung von 27 verschiedenen Landesgesetzen sowie in insgesamt 211 Fällen um die Vollziehung von 31 verschiedenen Bundesgesetzen. In 10 Fällen (somit in 0,69 Prozent der Verfahren) wurde die Revision an den Verwaltungsgerichtshof zugelassen.

Die Anzahl der unerledigten Fälle am Ende des Berichtsjahres betrug 510. Davon sind lediglich 34 vor dem 01.01.2025 angefallen.

In 669 Verfahren (somit in ca 46 Prozent aller Fälle) waren mündliche Verhandlungen erforderlich (vgl die Anlage 5). Die tatsächliche Zahl der Verhandlungstermine liegt wegen erforderlicher Vertagungen höher; dies trotz Berücksichtigung des Umstandes, dass einige Fälle gemeinsam verhandelt wurden.

Eine anwaltliche Vertretung der Beschwerdeführer:innen lag in 665 Fällen (somit in ca 46 Prozent aller Verfahren) vor (vgl die Anlage 5).

Im Berichtsjahr wurden 5 Verfahren erledigt, in denen ein Antrag auf Verfahrenshilfe gestellt worden war (0,34 Prozent der Verfahren). Die beantragte Verfahrenshilfe wurde in allen Fällen versagt. Die Verfahrensdauer betrug bei den im Berichtsjahr abgeschlossenen Verfahren 2,5 Monate (77 Tage).

Nähere Einzelheiten über die Art der Erledigung der Rechtssachen sind den Anlagen 2 und 7 zu entnehmen.

3. Höchstgerichtliche Verfahren

a) Beschwerden und Revisionen gegen Entscheidungen des Landesverwaltungsgerichtes

Gegen die Entscheidungen des Landesverwaltungsgerichtes wurden im Berichtsjahr 45 Beschwerden an den Verfassungsgerichtshof erhoben.

Weiters wurden 97 Revisionen an den Verwaltungsgerichtshof erhoben. Bei 5 Revisionen handelte es sich um Amtsrevisionen. Im Berichtsjahr wurde kein Fristsetzungsantrag an den Verwaltungsgerichtshof gestellt.

Der Verfassungsgerichtshof entschied im Berichtsjahr über 29 Beschwerden gegen Entscheidungen des Landesverwaltungsgerichtes. In 24 Fällen lehnte er die Behandlung der Beschwerde ab. In 4 Fällen wurde die Entscheidung aufgehoben. In 1 Fall wurde das Verfahren eingestellt.

Der Verwaltungsgerichtshof entschied im Berichtsjahr über 88 Revisionen gegen Entscheidungen des LVwG Vorarlberg, darunter waren 8 Amtsrevisionen. In 2 Fällen hat er die Revision als unbegründet abgewiesen, in 66 Fällen wies er die Revision als unzulässig zurück. 6 Verfahren wurden eingestellt. In 14 Verfahren wurde der Revision stattgegeben, dh die Entscheidung des Landesverwaltungsgerichtes aufgehoben (13) bzw teilweise aufgehoben (1).

4 Amtsrevisionen wurden zurückgewiesen, 4 Amtsrevisionen wurde stattgegeben.

Es ist somit rund 16 Prozent der Revisionen stattgegeben worden (vergleichsweise betrug die Zahl der Stattgaben aller vom Verwaltungsgerichtshof im Jahr 2024 erledigten Revisionen rund 26 Prozent).

Auf die Anlagen 9 und 10 wird verwiesen.

b) Normprüfungsanträge des Landesverwaltungsgerichtes Vorarlberg

Das Landesverwaltungsgericht hat im Berichtsjahr einen Normprüfungsantrag an den Verfassungsgerichtshof gestellt. Es handelt sich dabei um die Kundmachung einer Verordnung nach der Straßenverkehrsordnung (Ortstafel mit Zusatztafel).

Der Verfassungsgerichtshof hat im Berichtsjahr über drei Normprüfungsanträge des Landesverwaltungsgerichtes aus dem Berichtsjahr 2024 entschieden. Das Landesverwaltungsgericht hatte in diesen Verfahren Bedenken hinsichtlich der Festsetzung eines Erschließungsbeitrages nach dem Kanalisationgesetz, hinsichtlich einer Verordnung nach der Straßenverkehrsordnung und hinsichtlich der Kundmachung eines Flächenwidmungsplanes.

Der Verfassungsgerichtshof teilte in allen drei Verfahren die Bedenken des Landesverwaltungsgerichtes und hob in zwei Verfahren die betroffenen Bestimmungen als gesetzwidrig auf. In einem Verfahren stellte er fest, dass die Bestimmung gesetzwidrig war.

4. Verfahren vor europäischen Gerichtshöfen

Das Landesverwaltungsgericht Vorarlberg hat dem Gerichtshof der Europäischen Union im Berichtsjahr keine Frage zur Vorabentscheidung vorgelegt.

II. Bericht über die bei der Tätigkeit gesammelten Erfahrungen

A Organisation

Das Landesverwaltungsgericht ist in organisatorischer Hinsicht weitgehend eigenständig. Eine wichtige Voraussetzung für diese Eigenständigkeit ist die aufgrund eines umfassenden eigenen Untervoranschlags im Landesvoranschlag gegebene budgetmäßige Eigenverantwortung des Landesverwaltungsgerichtes. Weiters wird die organisatorische Unabhängigkeit durch ein verfassungsmäßig verankertes Recht auf Erstattung eines Dreivorschlages bei der Besetzung der Stellen von Richter:innen des Verwaltungsgerichtes gewährleistet. Zudem ist der Präsident des Landesverwaltungsgerichtes Vorarlberg in vielen Fällen Dienstbehörde betreffend das Dienstverhältnis der Richter:innen. Er ist bei der Besorgung von Angelegenheiten des Dienstrechts an keine Weisungen gebunden. Weiters ist der Präsident bei der Zuweisung von sonstigen Bediensteten an das Landesverwaltungsgericht oder von diesem an eine andere Dienststelle des Landes gesetzlich verpflichtend zu hören. Die Richter:innen des Landesverwaltungsgerichtes sind in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis.

B Verfahren

1. Anfall von Rechtssachen

Im Jahr 2025 ist die Zahl der neuen Rechtssachen (1.380) im Vergleich zum Vorjahr (1.589) um 13,1 Prozent gesunken.

Die Zahl der Verfahren in Verwaltungsstrafsachen hat sich von 1.090 im Jahr 2024 auf 872 im Berichtsjahr verringert (minus 20 Prozent). Die Zahl der neuen Strafsachen bei den Bezirkshauptmannschaften hat im Berichtsjahr 498.995 betragen. Die entsprechende Zahl für das Jahr 2024 lag bei mehr als 540.000. Daraus errechnet sich eine Verringerung von rund 8 Prozent.

Die Anzahl der Verfahren in Administrativsachen hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 517 auf 510 verringert (minus 1,3 Prozent).

Der Anteil der Verfahren in Administrativsachen (einschließlich der Anträge nach dem Vergabenaufprüfungsgesetz, der Maßnahmenbeschwerden, der Beschwerden nach dem Sicherheitspolizeigesetz und dem Fremdenpolizeigesetz) betrug, gemessen an der Gesamtzahl der angefallenen Rechtssachen (somit einschließlich der Verfahren in Verwaltungsstrafsachen) im Berichtsjahr ca 37 Prozent (im Vorjahr waren es 31 Prozent).

Der Anteil der Fälle mit Senatszuständigkeit liegt bei 0,1 Prozent (2 Verfahren). Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass nach den derzeitigen gesetzlichen Regelungen in Vorarlberg in keinem Bereich eine Laiengerichtsbarkeit vorgesehen ist. Aus Sicht des Landesverwaltungsgerichtes haben sich die geringe Senatszuständigkeit und der Verzicht auf die Laiengerichtsbarkeit – insbesondere im Hinblick auf die Verfahrensdauer und die Verfahrensökonomie – bewährt. Defizite im Rechtsschutz sind schon aufgrund des Umstandes, dass allen Parteien (also auch der belangten Behörde) die Möglichkeit einer Revision an den Verwaltungsgerichtshof offen steht, nicht zu erwarten.

2. Erledigung von Rechtssachen

Die Gesamtzahl der Erledigungen hat sich im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr von 1.639 auf 1.454 verringert (minus rund 11 Prozent).

3. Mündliche Verhandlungen

In ca 46 Prozent aller erledigten Verfahren wurde eine mündliche Verhandlung unter Beziehung der Beteiligten durchgeführt. Dieser Prozentsatz hat sich im Vergleich zum Vorjahr verringert (49 Prozent im Jahr 2024).

4. Anwaltliche Vertretung der Beschwerdeführer

Eine anwaltliche Vertretung der beschwerdeführenden Personen lag in rund 46 Prozent der Verfahren vor. Dieser Prozentsatz hat sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht (45 Prozent im Jahr 2024).

5. Teilnahme an den Verhandlungen

In den Verfahren vor dem LVwG hat die Behörde, die den angefochtenen Bescheid erlassen hat, Parteistellung. Insgesamt hat in 167 der im Berichtsjahr abgeschlossenen Verfahren, in denen eine Verhandlung stattgefunden hat, mindestens ein Vertreter einer Behörde an den Verhandlungen teilgenommen (das sind ca 11 Prozent der Verfahren). Die Teilnahme der Behörde an Verhandlungen ist gleichgeblieben (11 Prozent im Jahr 2024).

Weiters haben an den mündlichen Verhandlungen (neben den Rechtsmittelwerbern, Zeugen, Sachverständigen und Dolmetschern) Vertreter von Gemeinden sowie andere mitteilte Parteien und Beteiligte in den auch ihre Interessen berührenden Verfahren teilgenommen.

C Sonstiges

Die Mitglieder des Landesverwaltungsgerichtes haben an verschiedenen externen Fortbildungsveranstaltungen teilgenommen. Hervorzuheben ist hier insbesondere das speziell für die Anforderungen der Verwaltungsgerichte entwickelte Aus- und Weiterbildungsprogramm der oben schon erwähnten Österreichischen Akademie der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Mit diesem Programm steht den Richter:innen der Verwaltungsgerichte ein attraktives Angebot zur Aus- und Weiterbildung zur Verfügung.

Drei Richter:innen haben für die Verwaltungsakademie Schloss Hofen vorgetragen.

III. Tabellen und Grafiken

Im Jahr 2025 anhängig gewordene Rechtssachen

I. Beschwerden in Verwaltungsstrafsachen

1.	Straßenverkehrsordnung 1960	284
2.	Kraftfahrgesetz 1967	137
3.	Bundesstraßen-Mautgesetz 2002	122
4.	Führerscheingesezt	53
5.	Baugesezt	38
6.	Gewerbeordnung	20
7.	Sicherheitspolizeigesezt	20
8.	Allgemeines Sozialversicherungsgesezt	17
9.	Ausländerbeschäftigungsgesezt	13
10.	Gesezt über Naturschutz- und Landschaftsentwicklung	13
11.	ArbeitnehmerInnenschutzgesezt	12
12.	Sittenpolizeigesezt	10
13.	Parkabgabengesezt	9
14.	Abfallwirtschaftsgesezt	9
15.	Raumplanungsgesezt	8
16.	Schulpflichtgesezt	7
17.	Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesezt	7
18.	Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesezt	6
19.	Tierschutzgesezt	6
20.	Gefahrgutbeförderungsgesezt	5
21.	Landes-Sicherheitsgesezt	5
22.	Tabak- und Nichtraucherinnen- bzw Nichtraucherenschutzgesezt	5
23.	Fremdenpolizeigesezt	4
24.	Forstgesezt	4
25.	Arzneiwareneinfuhrgesezt	4
26.	Bundesstatistikgesezt	4
27.	Wasserrechtsgesezt	3
28.	Jagdgesezt	3
29.	Meldegesezt	3

30. Eisenbahngesetz	3
31. Abgabengesetz	3
32. Zivildienstgesetz	3
33. Verstöße gegen einstweilige Verfügungen	3
34. Integrationsgesetz	3
35. Luftfahrtgesetz	2
36. Gemeindegesetz	2
37. Waffengesetz	2
38. Tierarzneimittelkontrollgesetz	2
39. Mineralrohrstoffgesetz	2
40. Verwaltungsstrafgesetz	2
41. Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen	1
42. Vorarlberger Abfallwirtschaftsgesetz	1
43. Arbeitszeitgesetz	1
44. Grundverkehrsgesetz	1
45. Arbeitsruhegesetz	1
46. Sportgesetz	1
47. Güterbeförderungsgesetz	1
48. Maß- und Eichgesetz	1
49. Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen	1
50. Tierseuchengesetz	1
51. Tiergesundheitsgesetz	1
52. Wettengesetz	1
53. Symbole-Gesetz	1
54. Sanktionengesetz	1

872

II. Beschwerden, Prüfungsanträge

1. Maßnahmenbeschwerden	5
2. Nachprüfungsanträge nach dem Vergabenachprüfungsgesetz	5
3. Beschwerde nach dem Sicherheitspolizeigesetz	1

11

III. Beschwerden in Administrativsachen - Landesgesetze

1. Beschwerden nach dem Baugesetz	99
2. Beschwerden nach dem Sozialleistungsgesetz	23
3. Beschwerden nach dem Gesetz über Naturschutz und Landschaftsentwicklung	22
4. Beschwerden nach dem Grundverkehrsgesetz	20
5. Beschwerden nach dem Raumplanungsgesetz	20
6. Beschwerden nach dem Jagdgesetz	14
7. Beschwerden nach dem Kanalisationsgesetz	14
8. Beschwerden nach dem Zweitwohnsitzabgabengesetz	14
9. Beschwerden nach dem Auskunftsgesetz	5
10. Beschwerden nach dem Flurverfassungsgesetz	5
11. Beschwerden nach dem Straßengesetz	4
12. Beschwerden nach dem Abfallgesetz	3
13. Beschwerden nach dem Bodenseefischereigesetz	3
14. Beschwerden nach dem Parteienförderungsgesetz	3
15. Beschwerden nach dem Gemeindegesetz	2
16. Beschwerden nach dem Tourismusgesetz	2
17. Beschwerden nach dem Archivgesetz	2
18. Beschwerden nach dem Campingplatzgesetz	1
19. Beschwerden nach dem Landesforstgesetz	1
20. Beschwerden nach dem Spitalgesetz	1
21. Beschwerden nach dem Sportgesetz	1
22. Beschwerden nach dem Wasserversorgungsgesetz	1
23. Beschwerden nach dem Elektrizitätswirtschaftsgesetz	1
24. Beschwerden nach dem Kriegsopferabgabengesetz	1
25. Beschwerden nach dem Güter- und Seilwegegesetz	1
26. Beschwerden nach dem Gemeindevergnügungssteuergesetz	1
27. Beschwerden nach dem Landes-Sicherheitsgesetz	1
28. Beschwerden nach dem Grundsteuerbefreiungsgesetz	1
29. Beschwerden nach dem Jagdabgabengesetz	1
30. Beschwerden nach dem Verwaltungsabgabengesetz	1

IV. Beschwerden in Administrativsachen – Bundesgesetze

1. Beschwerden nach dem Führerscheingesetz	83
2. Beschwerden nach der Gewerbeordnung	21
3. Beschwerden nach dem Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz	19
4. Beschwerden nach dem Waffengesetz	13
5. Beschwerden nach der Staatsbürgerschaftsgesetz	10
6. Beschwerden nach dem Gelegenheitsverkehrsgesetz	9
7. Beschwerden nach dem Wasserrechtsgesetz	7
8. Beschwerden nach der Bundesabgabenordnung	7
9. Beschwerden nach dem Abfallwirtschaftsgesetz	6
10. Beschwerden nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz	5
11. Beschwerden nach dem Kraftfahrzeuggesetz	4
12. Beschwerden nach dem Tierschutzgesetz	4
13. Beschwerden nach der Straßenverkehrsordnung	4
14. Beschwerden nach dem Informationsfreiheitsgesetz	4
15. Beschwerden nach dem Ärztegesetz	3
16. Beschwerden nach dem Finanzausgleichsgesetz	3
17. Beschwerden nach dem Namensänderungsgesetz	3
18. Beschwerden nach dem Pensionsgesetz	3
19. Beschwerden nach dem Forstgesetz	2
20. Beschwerden nach dem Umweltinformationsgesetz	2
21. Beschwerden nach dem Kommunalsteuergesetz	2
22. Beschwerden nach dem Eisenbahngesetz	2
23. Beschwerden nach dem Apothekengesetz	1
24. Beschwerden nach dem Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz	1
25. Beschwerden nach dem Fremdenpolizeigesetz	1
26. Beschwerden nach dem Gesundheits- und Krankenpflegegesetz	1
27. Beschwerden nach dem Luftfahrtgesetz	1
28. Beschwerden nach dem Sicherheitspolizeigesetz	1
29. Beschwerden nach dem Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz	1
30. Beschwerden nach dem Passgesetz	1
31. Beschwerden nach dem Pyrotechnikgesetz	1
32. Beschwerden nach der Bodensee-Schiffahrts-Ordnung	1
33. Beschwerden nach der Rechtsanwaltsordnung	1

34. Beschwerden nach dem Suchtmittelgesetz	1
35. Beschwerden nach dem Personenstandsgesetz	1
	<hr/>
	229
	<hr/>
Gesamt	1.380

Anlage 2

Im Jahr 2025 erledigte Rechtssachen

I. Beschwerden in Verwaltungsstrafsachen

Zurückweisung	50
Abweisung	433
Stattgebung zur Gänze (Aufhebung)	143
Teilweise Stattgebung (zB Aufhebung eines von mehreren Punkten, nur Herabsetzung der Strafe bei voller Beschwerde)	163
Herabsetzung der Strafe (in jenen Fällen, in denen nur gegen die Strafhöhe Beschwerde erhoben wurde)	20
Einstellung wegen Verjährung	10
Sonstiges (Zurückziehung, Weiterleitung etc)	125

944

II. Beschwerden, Prüfungsanträge

1. Maßnahmenbeschwerde:

Zurückweisung	2
Abweisung	4
Stattgebung zur Gänze	1
Sonstiges (Zurückziehung, Weiterleitung etc)	1

8

2. Nachprüfungsanträge nach dem Vergabenaachprüfungsgesetz:	
Abweisung	3
Sonstiges (Zurückziehung, Weiterleitung etc)	2
	<hr/>
	5
3. Beschwerden nach dem Sicherheitspolizeigesetz:	
Abweisung	1
Teilweise Stattgebung	1
	<hr/>
	2

III. Beschwerden in Administrativsachen - Landesgesetze

1. Beschwerden nach dem Baugesetz:	
Zurückweisung	13
Abweisung	60
Stattgebung zur Gänze	20
Teilweise Stattgebung	13
Sonstiges (Zurückziehung, Weiterleitung etc)	13
	<hr/>
	119
2. Beschwerden nach dem Grundverkehrsgesetz:	
Zurückweisung	1
Abweisung	5
Stattgebung zur Gänze	9
Teilweise Stattgebung	5
Sonstiges (Zurückziehung, Weiterleitung etc)	9
	<hr/>
	29

3. Beschwerden nach dem Sozialleistungsgesetz:	
Zurückweisung	1
Abweisung	19
Stattgebung zur Gänze	2
Sonstiges (Zurückziehung, Weiterleitung etc)	5
	<hr/>
	27
4. Beschwerden nach dem Raumplanungsgesetz:	
Zurückweisung	1
Abweisung	10
Stattgebung zur Gänze	10
Sonstiges (Zurückziehung, Weiterleitung etc)	1
	<hr/>
	22
5. Beschwerden nach dem Gesetz über Naturschutz und Landschaftsentwicklung:	
Zurückweisung	3
Abweisung	9
Stattgebung zur Gänze	2
Teilweise Stattgebung	1
Sonstiges (Zurückziehung, Weiterleitung etc)	3
	<hr/>
	18
6. Beschwerden nach dem Jagdgesetz:	
Zurückweisung	1
Abweisung	11
Teilweise Stattgebung	1
Sonstiges (Zurückziehung, Weiterleitung etc)	1
	<hr/>
	14

7. Beschwerden nach dem Kanalisationsgesetz:	
Zurückweisung	2
Abweisung	3
Stattgebung zur Gänze	1
Teilweise Stattgebung	1
Sonstiges (Zurückziehung, Weiterleitung etc)	3
	<hr/>
	10
8. Beschwerden nach dem Tourismusgesetz:	
Abweisung	1
Stattgebung zur Gänze	7
	<hr/>
	8
9. Beschwerden nach dem Auskunftsgesetz:	
Zurückweisung	1
Abweisung	3
Teilweise Stattgebung	1
Sonstiges (Zurückziehung, Weiterleitung etc)	1
	<hr/>
	6
10. Beschwerden nach dem Flurverfassungsgesetz:	
Zurückweisung	1
Abweisung	4
Sonstiges (Zurückziehung, Weiterleitung etc)	1
	<hr/>
	6
12. Beschwerden nach dem Zweitwohnsitzabgabengesetz:	
Abweisung	4
	<hr/>
	4

13. Beschwerden nach dem Straßengesetz:	
Abweisung	2
Stattgebung zur Gänze	1
	<hr/>
	3
14. Beschwerden nach dem Bodenseefischereigesetz:	
Sonstiges (Zurückziehung, Weiterleitung etc)	2
	<hr/>
	2
15. Beschwerden nach dem Gemeindegesetz:	
Abweisung	1
Teilweise Stattgebung	1
	<hr/>
	2
16. Beschwerden nach dem Abfallgesetz:	
Abweisung	1
	<hr/>
	1
17. Beschwerden nach dem Bestattungsgesetz:	
Sonstiges (Zurückziehung, Weiterleitung etc)	1
	<hr/>
	1
18. Beschwerde nach dem Campingplatzgesetz:	
Teilweise Stattgebung	1
	<hr/>
	1

19. Beschwerden nach dem Spitalgesetz:	
Abweisung	1
	<hr/>
	1
20. Beschwerde nach dem Wasserversorgungsgesetz:	
Abweisung	1
	<hr/>
	1
21. Beschwerde nach dem Elektrizitätswirtschaftsgesetz:	
Zurückweisung	1
	<hr/>
	1
22. Beschwerde nach dem Gemeindevergnügungssteuergesetz:	
Abweisung	1
	<hr/>
	1
23. Beschwerde nach dem Landes-Sicherheitsgesetz:	
Stattgebung zur Gänze	1
	<hr/>
	1
24. Beschwerde nach dem Grundsteuerbefreiungsgesetz:	
Sonstiges (Zurückziehung, Weiterleitung etc)	1
	<hr/>
	1
25. Beschwerde nach dem Jagdabgabegesetz:	
Sonstiges (Zurückziehung, Weiterleitung etc)	1
	<hr/>
	1

26. Beschwerde nach dem Verwaltungsabgabengesetz:	
Zurückweisung	1
	<hr/>
	1
27. Beschwerde nach dem Parteienförderungsgesetz:	
Abweisung	1
	<hr/>
	1
28. Beschwerde nach dem Zweitwohnsitzabgabengesetz:	
Sonstiges (Zurückziehung, Weiterleitung etc)	1
	<hr/>
	1

IV. Beschwerden in Administrativsachen – Bundesgesetze:

1. Beschwerden nach dem Führerscheingesetz:	
Zurückweisung	4
Abweisung	47
Stattgebung zur Gänze	6
Teilweise Stattgebung	7
Sonstiges (Zurückziehung, Weiterleitung etc)	14
	<hr/>
	78
2. Beschwerden nach der Gewerbeordnung:	
Zurückweisung	2
Abweisung	15
Teilweise Stattgebung	3
Sonstiges (Zurückziehung, Weiterleitung etc)	2
	<hr/>
	22

3. Beschwerden nach dem Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz:	
Zurückweisung	2
Abweisung	13
Stattgebung zur Gänze	3
Teilweise Stattgebung	2
Sonstiges (Zurückziehung, Weiterleitung etc)	1
	<hr/>
	21
4. Beschwerden nach dem Waffengesetz:	
Abweisung	13
Stattgebung zur Gänze	1
Sonstiges (Zurückziehung, Weiterleitung etc)	1
	<hr/>
	15
5. Beschwerden nach dem Gelegenheitsverkehrsgesetz:	
Zurückweisung	1
Abweisung	2
Teilweise Stattgebung	3
Sonstiges (Zurückziehung, Weiterleitung etc)	2
	<hr/>
	8
6. Beschwerden nach dem Staatsbürgerschaftsgesetz:	
Abweisung	6
Teilweise Stattgebung	1
Sonstiges (Zurückziehung, Weiterleitung etc)	1
	<hr/>
	8

7. Beschwerden nach dem Abfallwirtschaftsgesetz:	
Abweisung	3
Teilweise Stattgebung	2
Sonstiges (Zurückziehung, Weiterleitung etc)	1
	<hr/>
	6
8. Beschwerden nach dem Wasserrechtsgesetz:	
Abweisung	5
Sonstiges (Zurückziehung, Weiterleitung etc)	1
	<hr/>
	6
9. Beschwerden nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz:	
Zurückweisung	1
Abweisung	3
Stattgebung zur Gänze	1
Teilweise Stattgebung	1
	<hr/>
	6
10. Beschwerden nach der Bundesabgabenordnung:	
Abweisung	5
Teilweise Stattgebung	1
	<hr/>
	6
11. Beschwerden nach dem Kraftfahrgesetz:	
Abweisung	2
Stattgebung zur Gänze	1
	<hr/>
	3

12. Beschwerden nach dem Apothekengesetz:	
Abweisung	2
	<hr/>
	2
13. Beschwerden nach dem Ärztegesetz:	
Abweisung	1
Stattgebung zur Gänze	1
	<hr/>
	2
14. Beschwerden nach dem Forstgesetz:	
Abweisung	2
	<hr/>
	2
15. Beschwerden nach dem Luftfahrtgesetz:	
Abweisung	2
	<hr/>
	2
16. Beschwerden nach dem Umweltinformationsgesetz:	
Stattgebung zur Gänze	1
Sonstiges (Zurückziehung, Weiterleitung etc)	1
	<hr/>
	2
17. Beschwerden nach dem Tierschutzgesetz:	
Zurückweisung	1
Abweisung	1
	<hr/>
	2

18. Beschwerden nach dem Kommunalsteuergesetz:	
Zurückweisung	1
Stattgebung zur Gänze	1
	<hr/>
	2
19. Beschwerden nach der Straßenverkehrsordnung:	
Zurückweisung	1
Abweisung	1
	<hr/>
	2
20. Beschwerden nach dem Eisenbahngesetz:	
Zurückweisung	1
Teilweise Stattgebung	1
	<hr/>
	2
21. Beschwerde nach dem Namensänderungsgesetz:	
Sonstiges (Zurückziehung, Weiterleitung etc)	2
	<hr/>
	2
22. Beschwerde nach dem Pensionsgesetz:	
Teilweise Stattgebung	2
	<hr/>
	2
23. Beschwerde nach dem Informationsfreiheitgesetz:	
Zurückweisung	1
Sonstiges (Zurückziehung, Weiterleitung etc)	1
	<hr/>
	2

24. Beschwerde nach dem Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz:	
Abweisung	1
	<hr/>
	1
25. Beschwerde nach dem Gesundheits- und Krankenpflegegesetz:	
Abweisung	1
	<hr/>
	1
26. Beschwerde nach dem Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz:	
Abweisung	1
	<hr/>
	1
27. Beschwerde nach dem Passgesetz:	
Abweisung	1
	<hr/>
	1
28. Beschwerde nach dem Pyrotechnikgesetz:	
Abweisung	1
	<hr/>
	1
29. Beschwerde nach der Bodensee-Schiffahrts-Ordnung:	
Sonstiges (Zurückziehung, Weiterleitung etc)	1
	<hr/>
	1
30. Beschwerde nach der Rechtsanwaltsordnung:	
Abweisung	1
	<hr/>
	1

31. Beschwerde nach dem Finanzausgleichsgesetz 2008:

Sonstiges (Zurückziehung, Weiterleitung etc) 1

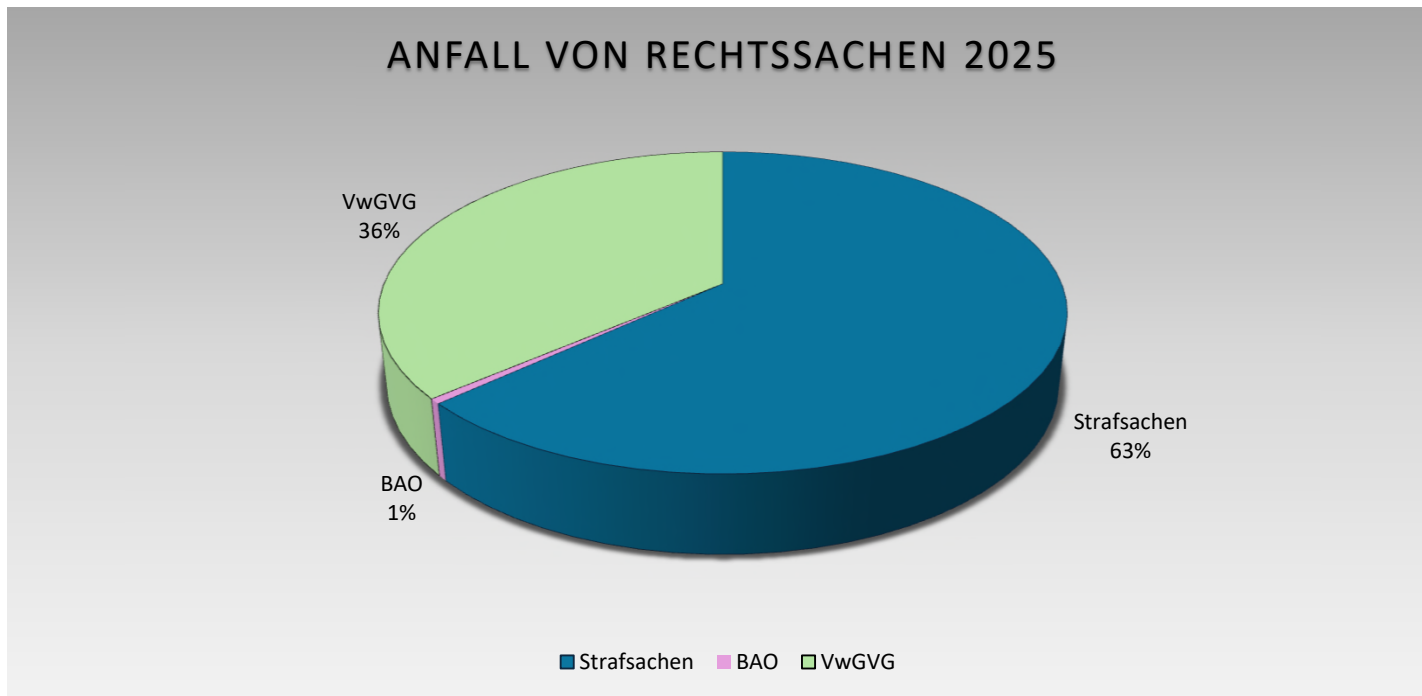
1

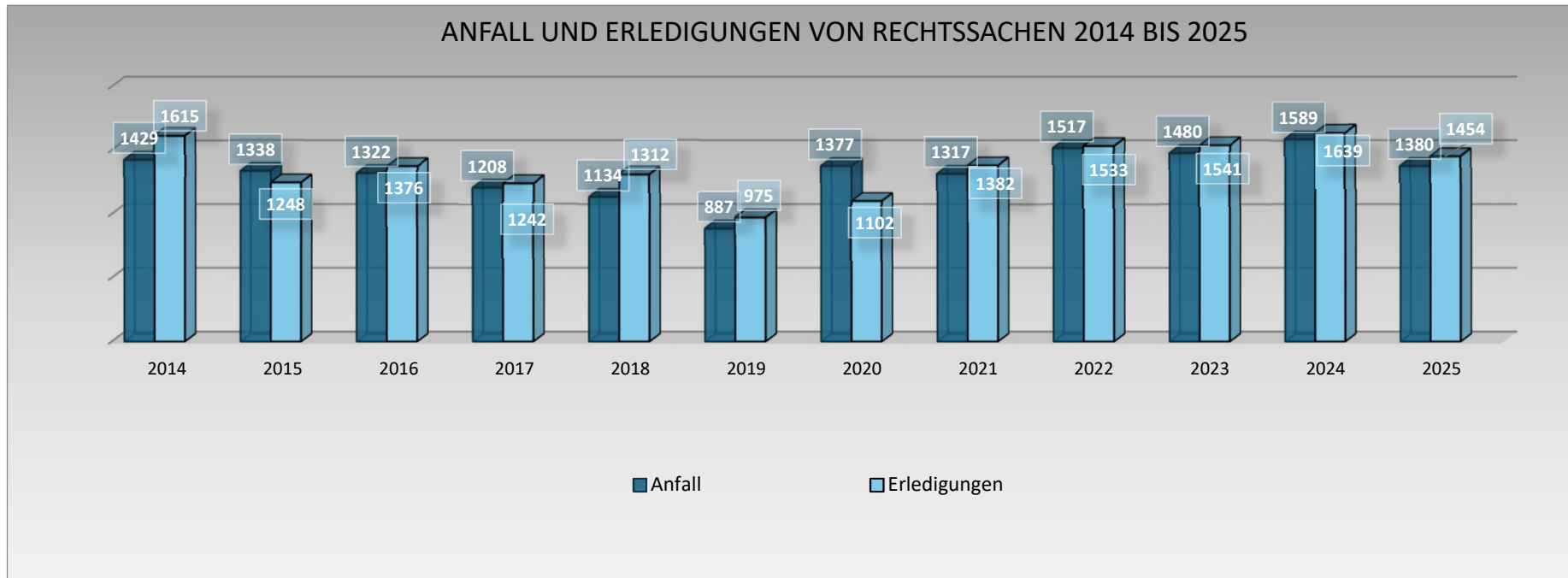
V. Sonstige Angelegenheiten und Rechtshilfesachen:

Zurückweisung 1

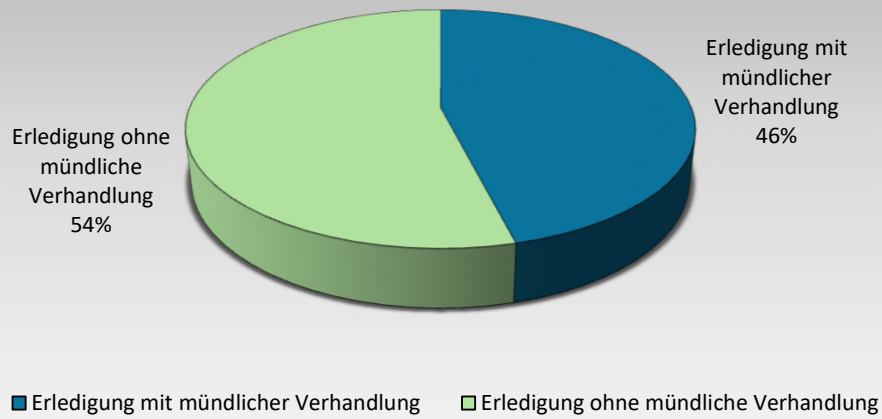
1

Gesamt 1.454

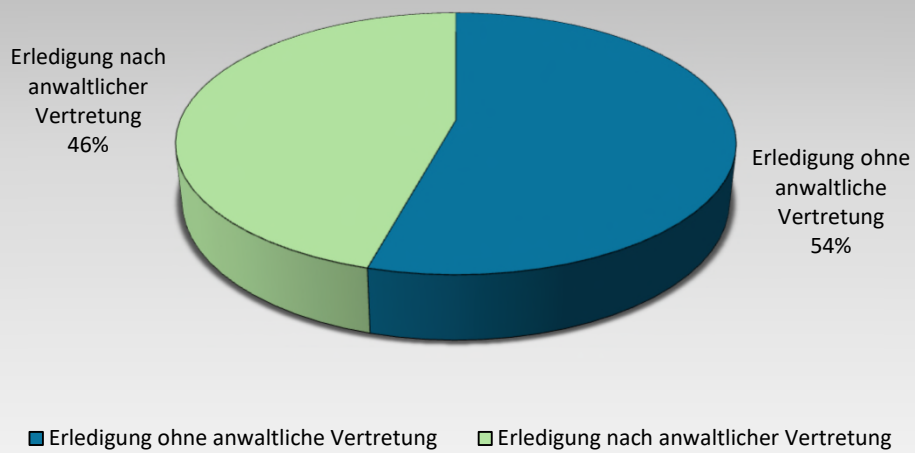


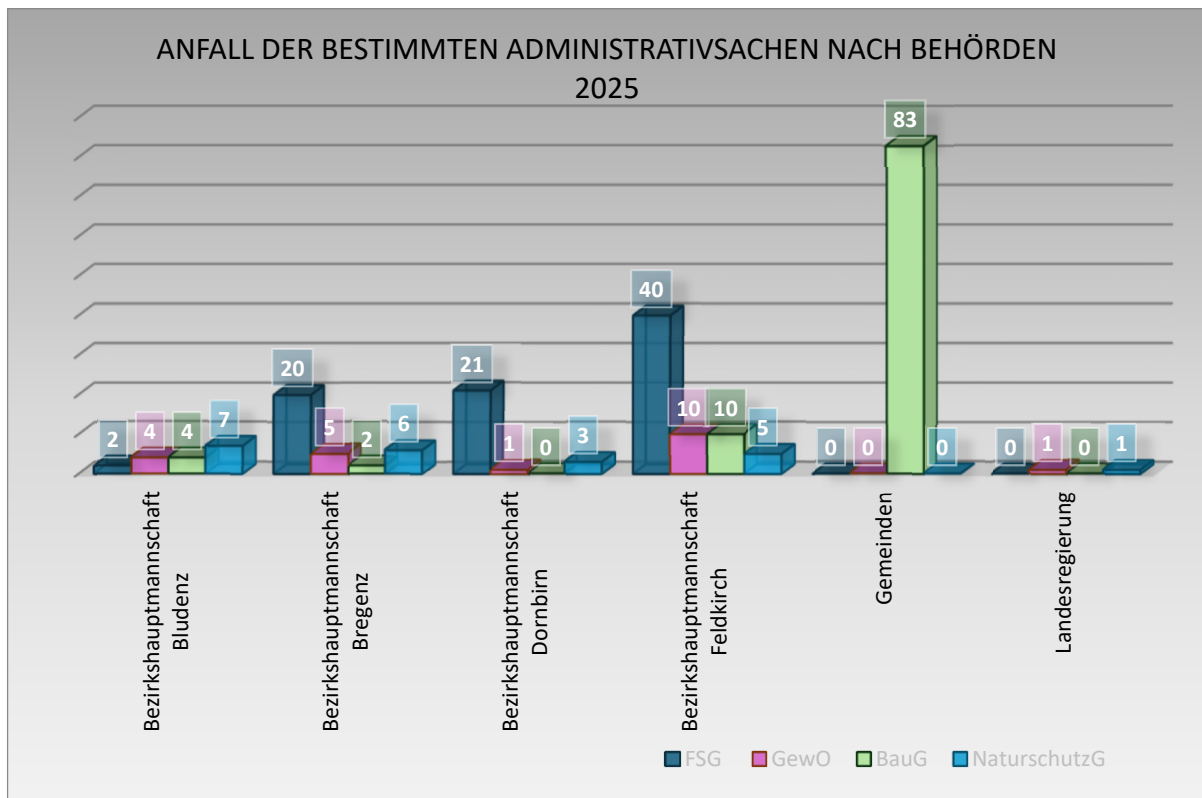
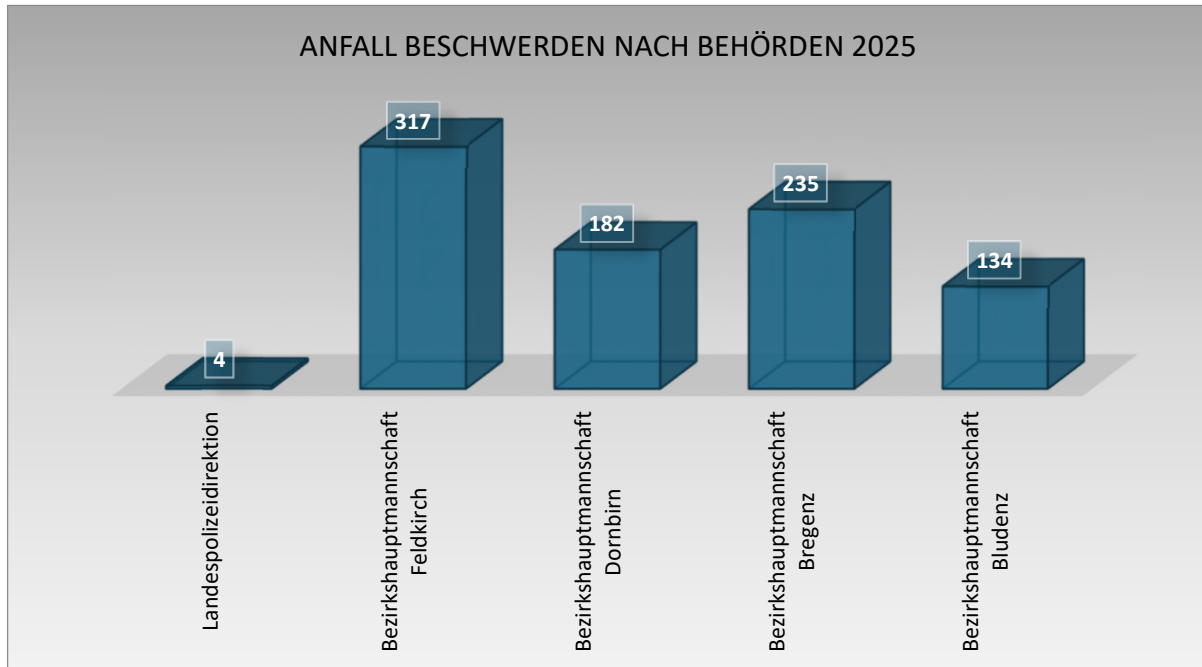


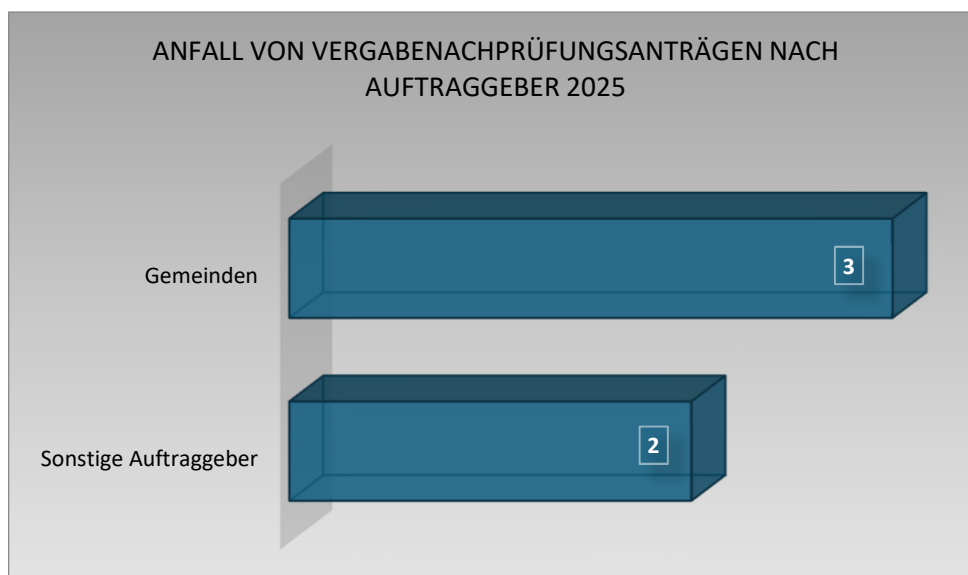
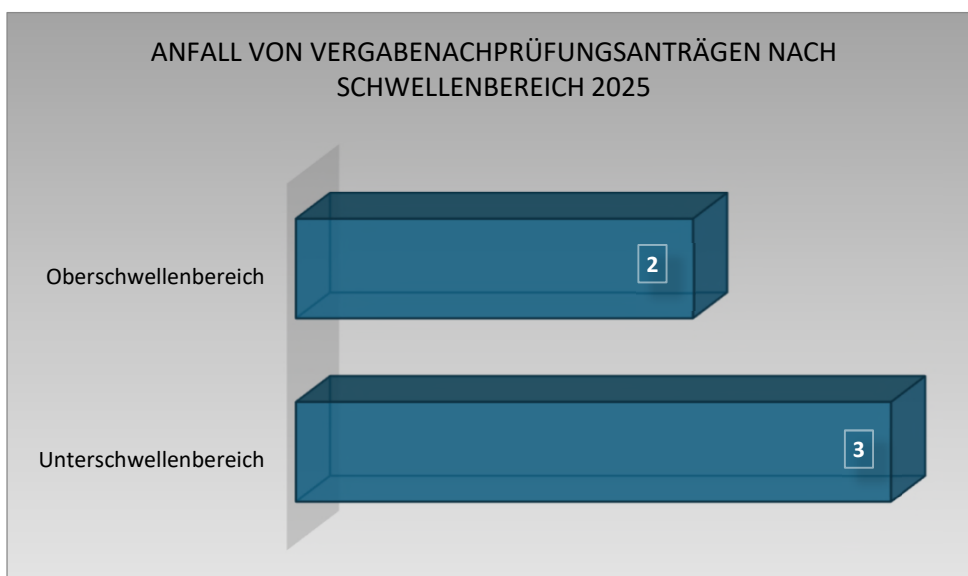
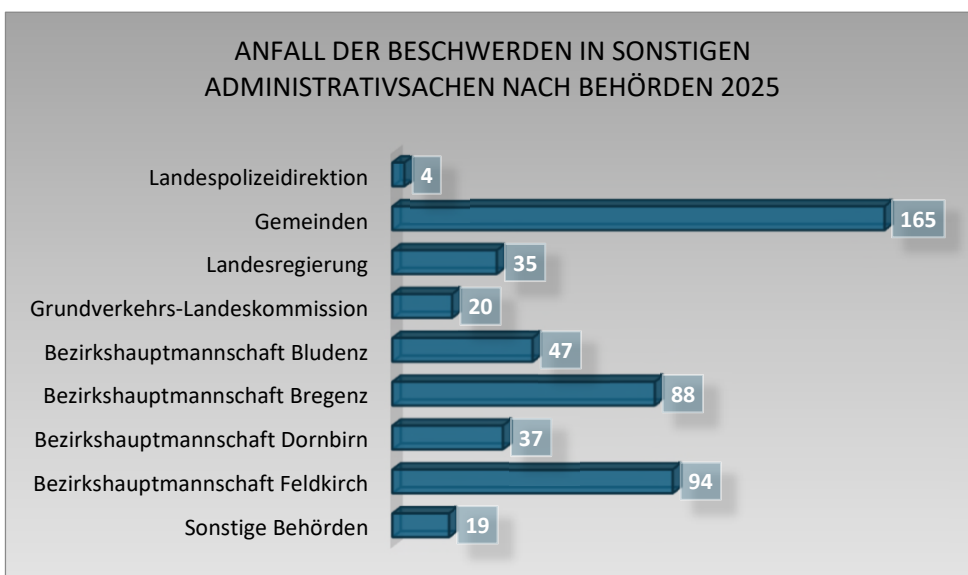
Erledigungen nach mündlicher Verhandlung 2025



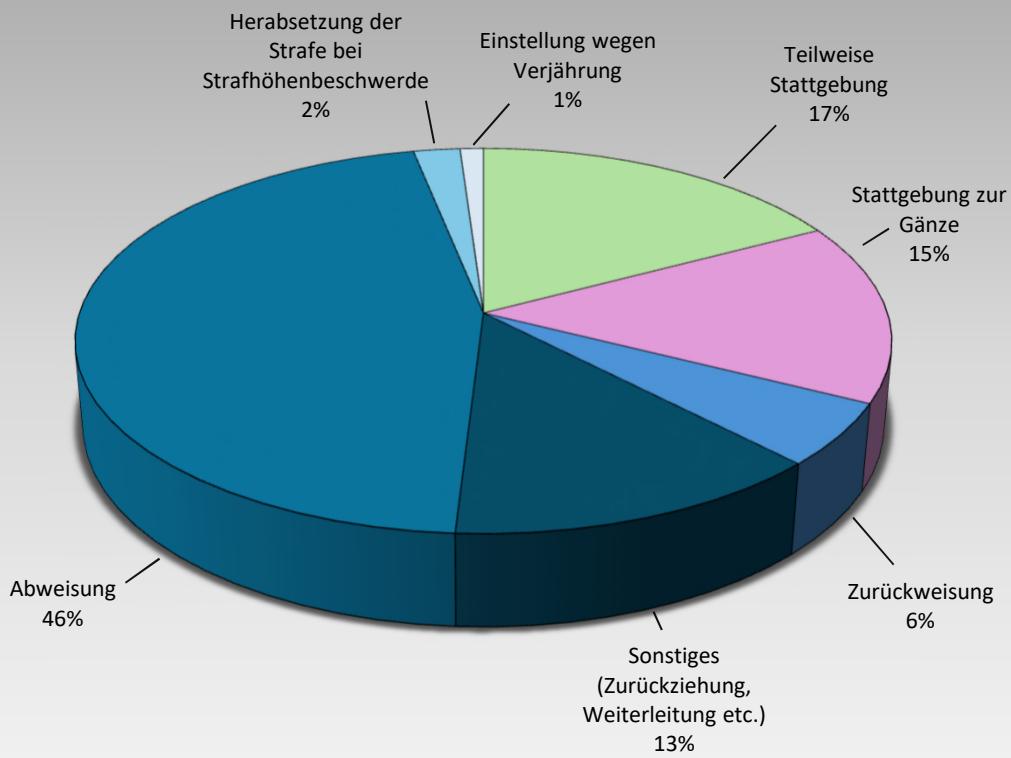
Erledigungen nach vorangehender anwaltlicher Vertretung 2025







Inhalt der Erledigungen der Strafbeschwerden 2025



Inhalt der Erledigungen aller sonstigen Beschwerden und Anträge 2025

